

DIE BEDEUTUNG DER PRIMÄRUMWELTEN FÜR DAS WAHLVERHALTEN

Von Karl-Heinz Reuband

I. Einleitung

Wahlverhalten ist von Politologen, und teilweise auch von Soziologen, theoretisch häufig als primär politisch gemeintes Handeln verstanden worden. Diese Vorstellung gibt indes die Realität nur ungenau wider. Empirische Untersuchungen haben wiederholt auf den sowohl funktional spezifischen als auch funktional diffusen Charakter des Wahlaktes hingedeutet: er ist oft nicht nur Reaktion auf das politische System, sondern zugleich auch ein Akt der Bekräftigung bestehender Gruppenbindungen, ein Ausdruck für die Stärke der Beziehung zu einer *Umwelt*. Je nach Stärke dieser Beziehung beeinflußt die Zusammensetzung der Umwelt den Inhalt der Entscheidung.

Die Relevanz der Umwelt für das Wahlverhalten ist mehrfach nachgewiesen worden. *J. H. Goldthorpe* und Mitarbeiter fanden zum Beispiel heraus, daß abweichendes Wahlverhalten unter Arbeitern nicht durch eine Interessentheorie ökonomischer Provenienz („Verbürgerlichungsthese“) erklärt werden kann: die Wähler der konservativen Partei zeichneten sich im Vergleich zu den Wählern der sozialistischen Partei nicht so sehr durch ein höheres Einkommen und größeren Besitz aus als vielmehr durch eine unterschiedliche soziale Zusammensetzung ihres engeren Verkehrskreises¹. *B. Särilvik* konnte zeigen, daß auch vorhandene Einstellungen noch nicht in genügendem Maße Wahlverhalten zu prognostizieren vermögen: Einflüsse der Umwelt bedingen die Wahrscheinlichkeit, mit der Anschauungen in eine Wahl der ihnen gemäßen Partei umgesetzt werden². Andere Arbeiten, wie die von *Rudolf Heberle*³, zeigen ferner, daß auch der Zustand eines politischen Systems nicht geeignet ist, die Wahlentscheidung von Individuen mit bestimmten Interessen und Anschauungen zu erklären. Auch hier erweist sich das soziale Milieu als ein Faktor von elementarer Bedeutung. Folgende Schlußfolgerung kann aus diesen Ergebnissen gezogen werden: will man das Wahlverhalten von Individuen untersuchen, so ist es notwendig, ihre Umwelt in die Analyse miteinzubeziehen. Ein solcher Ansatz ist jedoch selten in der Forschung anzutreffen; *systematische* Abhandlungen finden sich kaum. Dies ist um so erstaunlicher, als gerade die ersten repräsentativen Wahlstudien auf der Basis von Umfragedaten – „The People’s Choice“ und „Voting“ – die große Bedeutung der Umwelt und des interpersonalen Einflusses deutlich machten. Obwohl beide Arbeiten noch immer in der Literatur als die Klassiker der

Wahlsoziologie gelten, blieb ihr zentrales Ergebnis – die Relevanz interpersonaler Beeinflussung – in den USA ohne große Wirkung auf die weitere Wahlforschung.

Die Frage nach den Gründen für diesen Zustand ist schwer zu beantworten. *D. R. Segal* und *S. H. Wildström* haben die Vernachlässigung interpersonaler Beziehungen auf die Verwendung nationaler statt lokaler Untersuchungseinheiten zurückgeführt⁴. Das Ausscheiden spezifischer, abgrenzbarer Kontexte mag in der Tat einen Grund darstellen. Er allein erscheint uns allerdings nicht für eine Erklärung auszureichen. Sicherlich hat die Verlagerung der wahlsoziologischen Forschung vom *Bureau of Applied Social Research* der Columbia University (New York) an das *Survey Research Center* der University of Michigan (Ann Arbor) mit zu der heutigen Situation beigetragen. Während das *Bureau* seine Forschungstradition nicht fortsetzte – sieht man einmal von „Union Democracy“ ab⁵, hat das *Survey Research Center* den eigenen Ansatz im Verlauf der Zeit weiterverfolgt und verfeinert. Unterschiede in der theoretischen Orientierung sind unserer Meinung nach zusammen mit dem Ausscheiden des einen Instituts aus der Wahlforschung und der mangelnden Rezeption seines Ansatzes in erster Linie für die jetzige Situation verantwortlich.

In der Bundesrepublik hat sich die Wahlsoziologie des interpersonalen Einflusses kaum näher angenommen⁶.

Zwei Gründe mögen dafür entscheidend sein. Der eine liegt im Problem der Forschungsfinanzierung. Der größte Teil der Wahlforschung ist Auftragsforschung durch die Parteien. Parteien sind bestrebt, durch ihren Wahlkampf bestimmte, für sie ergiebige Zielgruppen anzusprechen. Wahlforschung hat in diesem Zusammenhang nur den Sinn, diese Gruppen sowie ihre Bedürfnisse und Einstellungen ausfindig zu machen, um angemessene Wahlkampfstrategien entwickeln zu können. Da das Interesse vor allem auf die Faktoren zielt, die relativ wandelbar und daher manipulierbar sind, Primärumwelten hingegen diese Qualität nicht aufweisen, entfallen Erhebungen über dementsprechende Angaben. Solange die „akademische Wahlsoziologie“ vorwiegend auf die Sekundäranalyse von Daten angewiesen ist, die im Rahmen der Auftragsforschung erhoben wurden, sind die Chancen gering, daß das Phänomen interpersonalen Einflusses näher analysiert wird. Zum anderen ist die dominierende theoretische Orientierung unter den Wahlsoziologen von zentraler Wichtigkeit: solange man bestrebt ist, *Wandlungen im politischen System* zu erklären, sind „issues“, Images von Politikern und Parteien sowie Interessenlagen von größerer Relevanz als Primärumwelten. Diese gewinnen jedoch an Bedeutung, wenn man den *individuellen Wahlakt* in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt.

Neuere Entwicklungen in der Wahlsoziologie sowohl in den USA als auch in Europa lassen in der nächsten Zukunft ein steigendes Interesse an Primärumwelten erwarten. Ökologische Analysen haben nämlich sichtbar gemacht, was in der Umfrageforschung zumeist unsichtbar bleibt: die starke regionale Determination von Wahlverhalten. Nachdem nicht zuletzt aus der kritischen Diskussion über den Gebrauch ökologischer Daten das methodische Instrumentarium der *Mehrebenenanalyse* entstanden ist⁷, ist es nun möglich, die Bedeutung regionaler Kontexte in methodisch angemessener Weise zu untersuchen. Dies bedeu-

tet, daß in zunehmendem Maße ökologische Daten mit Umfragedaten verknüpft werden. Einem „objektiven“ Kontext kann so ein „subjektiver“ gegenübergestellt werden⁸. Eine derartige Kontextanalyse impliziert notwendigerweise eine Analyse von Umwelten im allgemeinen und Primärumwelten im besonderen. Das Wissen über diese Umwelten ist freilich spärlich. Bevor in der Wahlsoziologie Daten unterschiedlicher Ebenen in einer theoretisch befriedigenden Weise miteinander verbunden werden können, bedarf es daher weiterer Forschung.

Viele Gründe sprechen für die Notwendigkeit, Primärumwelten und interpersonalen Einfluß näher zu untersuchen. Viele Fragen sind noch ungelöst. Wir wollen im folgenden *einigen* ausgewählten Aspekten nachgehen. Wir werden dabei auf den Ansatz des *Bureau of Applied Social Research*, so wie er sich in den Arbeiten von *P. F. Lazarsfeld* darstellt, zurückgreifen und uns zunächst mit der Struktur, dem Einfluß und der Funktion von Primärumwelten befassen. Es wird dann auf die Frage einzugehen sein, welche Probleme sich für die Anhänger einer Partei ergeben, die in der Öffentlichkeit als *illegitim* (im Sinne von „extrem“ und „undemokratisch“) definiert wird. In diesem Zusammenhang werden auch einige empirische Daten⁹ zur Prüfung verschiedener Hypothesen herangezogen werden. Letztlich hat diese Arbeit zum Ziel, die Struktur und die Funktion der Primärumwelten, insbesondere für die Wähler *kleiner und illegitimer* Parteien, genauer zu bestimmen.

II. Der Begriff der „Primärumwelt“

Die *Primäre Umwelt* ist in der Terminologie von *Erwin K. Scheuch* eine Konstellation von Akteuren, mit denen Ego ohne Zwischenglieder in regelmäßigem (i. S. von alltäglichem) Kontakt steht¹⁰. Unserer Konzeption nach kann diese *Primäre Umwelt* – im folgenden verkürzt als *Umwelt* zitiert – in eine Reihe von Teilumwelten, *Primärumwelten* genannt, untergliedert werden. Eine *Primärumwelt* wird dabei verstanden als die Gesamtzahl von Personen, mit denen Ego auf der Grundlage einer Rolle interagiert, die einen regelmäßigen, alltäglichen Kontakt erlaubt. Eines von mehreren Kriterien zur Untergliederung von Primärumwelten ist das Ausmaß intimer, affektiver Beziehungen zwischen Ego und den Akteuren der jeweiligen Primärumwelt. Die Qualität dieser Beziehungen wird in entscheidendem Maße durch die Struktur der Rolle (verstanden als Komplex normativ regulierter Erwartungen) bestimmt. Nach diesem Verständnis von Rollen sind Beziehungen intimer, affektiver Art und Interaktionen auf der Basis von Rollen keine Gegensätze¹¹. Vielmehr unterscheiden sich Rollen danach, in welchem Maße Beziehungen personalisierter Art einen integralen Bestandteil ihrer Definition darstellen. Man könnte hier auch von dem Anteil an

Rollenelementen sprechen, die eine intime Beziehung vorschreiben¹². Rollen und damit auch Primärumwelten können daher auf einem Kontinuum aufgereiht werden, das durch das Ausmaß intimer, affektiver Beziehungen zwischen den Akteuren definiert wird. Dem Grade abnehmender Intimität nach ergibt sich dann unter den Primärumwelten die folgende Reihenfolge: *Familie – Freunde – Kollegen – Nachbarn*¹³.

Der Begriff der *Primärumwelt* ersetzt den in der Literatur üblichen Begriff der *Primärgruppe*. Eine anders geartete Konzeptualisierung geht mit der Wahl dieses anderen Begriffes einher. Zum einen wird die Perspektive Egos in den Mittelpunkt gerückt, statt wie bisher Ego aus der Perspektive der Einheit zu sehen, der er angehört („Gruppe“). Zum anderen wird dem Charakter sozialer Beziehungen eher Rechnung getragen. Der einzelne steht nämlich mit den Personen seines engeren Verkehrskreises häufig in bilateraler Beziehung, d. h., er trifft nicht mit allen zugleich, sondern nur mit einzelnen zusammen. Diese wiederum kennen sich entweder überhaupt nicht oder kommen nur selten miteinander in Kontakt: es gibt keine Gruppe im Sinne eines geschlossenen, interdependenten Systems. Der einzelne ist vielmehr Angehöriger verschiedener kommunikativer *Netzwerke*, und die Personen seiner Umwelt sind die „contact-points“, über die diese miteinander verbunden sind¹⁴.

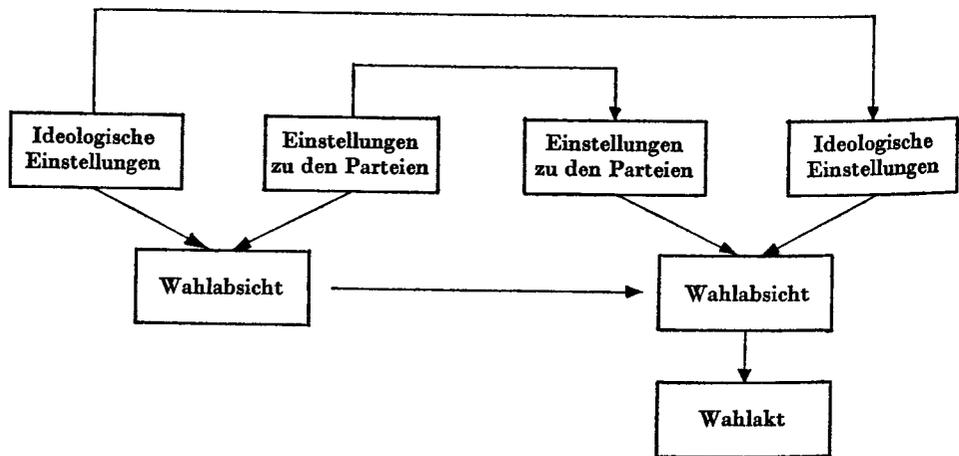
Das Netzwerkkonzept ist eher als das Gruppenkonzept geeignet, die „Realität“ zu beschreiben. Nur unter bestimmten Umständen kann ein Netzwerk einem Gruppen-Gebilde ähneln: dann nämlich, wenn jeder Angehörige eines Netzwerkes mit jedem anderen Kontakt hat. Erst eine solche Struktur ermöglicht auch eine stabile Kristallisation jener Merkmale, die in der Literatur mit zur Definition des Begriffs „Gruppe“ herangezogen werden – wie zum Beispiel das „Wir-Gefühl“. Die Primärumwelten lassen sich auch dem Grade ihres *Primärgruppencharakters* nach unterscheiden. Während unter den Primärumwelten die *Familie* noch am ehesten einer *Primärgruppe* ähnelt, trifft dies für *Kollegen*, *Nachbarn* und besonders für *Freunde* weniger zu.

Ego gehört nicht nur Primärumwelten, sondern auch *Quasi-Gruppen* an. Diese stellen ein Aggregat von Akteuren dar, die nicht in direkten Interaktionen stehen, sondern über gemeinsame, sozial relevante Merkmale (wie Beruf oder Konfession) miteinander verbunden sind. Man hat häufig den Mitgliedern von *Quasi-Gruppen* kraft ihrer kategorialen Zugehörigkeit bestimmte Interessen und Anschauungen zugeschrieben und Wahlverhalten daraus abzuleiten versucht. Dabei ist man allzuoft einer Substantialisierung dieser *Quasi-Gruppen* nahe gekommen, ohne zu berücksichtigen, daß viele – zumal, wenn nicht organisiert – nur über Primärumwelten einen starken Einfluß auszuüben vermögen: nämlich dann, wenn sich für ein Individuum die Primärumwelten in ihrer Population überschneiden und sich diese Population vorwiegend aus Mitgliedern der *Quasi-*

Gruppe zusammensetzt. Wenn Quasi-Gruppen dennoch eine gewisse eigene Determinationskraft aufweisen, so ist sie nicht von allzu großer Bedeutung. So konnte *N. Kaplan* beispielsweise sehr deutlich den größeren Einfluß der Primär-umwelten aufzeigen; die Wirkung der Quasi-Gruppe war nur von *sekundärer*, kumulativer Art¹⁵. Über die Art des Einflusses von Quasi-Gruppen auf das Wahlverhalten ist bis heute kaum reflektiert, geschweige denn geforscht worden¹⁶. Auch die Wissenssoziologie, die eigentlich zu diesem Problem etwas beitragen müßte, ist nicht dazu in der Lage. Sie scheitert an einer Betrachtungs-weise, die Primär-umwelten nicht berücksichtigt¹⁷.

III. Struktur und Einfluß der Primär-umwelten

Der Einfluß der Primär-umwelten auf das Wahlverhalten ist zweifacher Art. Zum einen wird die Wahlabsicht direkt, zum anderen indirekt betroffen. Die indirekte Beeinflussung erfolgt durch die Stärkung bzw. Schwächung von Einstellungen, die für Ego eine Grundlage seines Wahlverhaltens darstellen (vgl. Abbildung 1). Diese Einstellungen sind sinnvollerweise in ideologische Einstellungen und Einstellungen den Parteien gegenüber zu unterscheiden. Die Einstellungen den Parteien gegenüber resultieren zum Teil insofern aus den ideologischen Einstellungen, als diese darüber entscheiden, ob ein Parteiprogramm negativ oder positiv bewertet wird. Zum Teil werden diese Einstellungen auch unabhängig von den ideologischen Einstellungen internalisiert. Einige Ergeb-



ALTER

EGO

Abbildung 1: Der Einfluß von Alter auf die Wahlabsicht von Ego

nisse bisheriger Forschung deuten darauf hin, daß sie langfristig gesehen weniger als ideologische Einstellungen einem Wandel unterliegen¹⁸.

Eine andere Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die nach den Ursachen für Konformität. Da die Wahlentscheidung geheim gehalten werden kann, ist die Konformität nicht in der Furcht vor äußeren Sanktionen begründet zu suchen. Der Grund für einen Anpassungsprozeß scheint weniger in äußeren Umständen, als dem Bestreben der Individuen selbst zu liegen, psychische Spannungen zu vermeiden.

Die Motivstruktur dieser inneren Dynamik wird am ehesten durch die kognitiven Gleichgewichtstheorien beschrieben. Diese Theorien unterstellen gewöhnlich dem Akteur das *Bedürfnis* nach einem kognitiven Gleichgewicht. *Fritz Heider* beispielsweise begreift die Angleichung einer Einstellung als den Versuch, Egos und Alters Einstellung zu einem Objekt in eine Gleichgewichtsrelation zu Egos und Alters Beziehung zu bringen. Ist die Beziehung zwischen den Akteuren positiver Art, so existiert dann ein Gleichgewicht, wenn auch die Einstellungen zueinander in positiver Relation stehen, also übereinstimmen. Ist die Beziehung negativer Art, so liegt dann ein Gleichgewicht vor, wenn die Einstellungen Egos und Alters zu einem Objekt zueinander in einer konträren Beziehung stehen. Konformität der Einstellungen bedeutet in diesem Fall ein kognitives Ungleichgewicht.

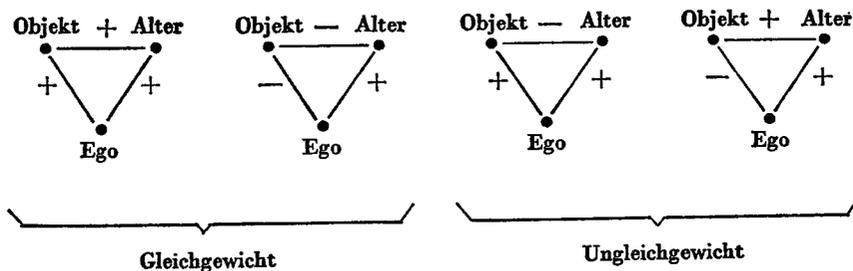


Abbildung 2: Kognitives Gleichgewicht/Ungleichgewicht bei positiver Beziehung zwischen Ego und Alter (nach F. Heider)

Herrscht ein Dissens bei gleichzeitiger positiver interpersonaler Beziehung vor, so besteht die Tendenz, die Gleichgewichtsrelation durch die Anpassung der eigenen Einstellung an die Einstellung von Alter herzustellen¹⁹. Dieses Modell ist in seiner Grundstruktur relativ simpel und durchaus nicht unproblematisch. Verschiedene Autoren haben es inzwischen erheblich verfeinert²⁰; für unsere Zwecke freilich genügt es. Begreift man die Beziehung zwischen Ego und Alter nicht als eine dichotomische Qualität, sondern sieht sowohl die positive wie negative Beziehung als Ausprägung eines Kontinuums, so kann man folgenden Satz

aufstellen: je positiver Ego zu Alter steht, desto eher wird er sich ihm anpassen. Von der Aussage über dyadische Beziehungen kann man eine Aussage über die Gesamtzahl dyadischer Beziehungen in einer Umwelt ableiten: Ego wird sich in seiner Einstellung zu einem Objekt dann der Majorität angleichen, wenn er zur Mehrzahl der ihr angehörenden Personen positive Beziehungen unterhält.

Wahlsoziologen haben, wenn sie sich mit interpersonalem Einfluß befaßten, Ego zumeist nicht in Relation zu einer anderen, sondern zu mehreren Personen gesetzt. Statt die Qualität der Beziehungen zu spezifizieren und in den Untersuchungen zu erheben, hat man sich damit begnügt, im Hinblick auf die Parteipräferenz Majorität und Minorität in dieser Umwelt festzustellen. Die Frage, unter welchen Bedingungen eine Majorität oder eine Minorität einen starken Einfluß ausüben kann, wurde in diesem Zusammenhang überhaupt nicht aufgeworfen. Dies war der Fall, weil man der *subjektiven* Bedeutung interpersonaler Beziehungen zu wenig Beachtung schenkte.

Die Untersuchungsergebnisse schienen einer solchen Vorgehensweise auch durchaus recht zu geben: die meisten Anhänger der Parteien sahen ihre eigene Parteipräferenz durch eine Majorität in ihren Primärumwelten gestützt. Diejenigen, die sich im Gegensatz zur Majorität befanden, stellten den Konsensus mit ihrer Umwelt durch einen Wechsel in der Parteipräferenz her.

Das Konzept der *Cross Pressures* ist zur Erklärung des Wechsels von *Paul F. Lazarsfeld* eingeführt worden. Danach haben widersprüchliche Anschauungen in Egos Umwelt bei ihm entweder eine Angleichung an die Majorität oder beim Fehlen einer klaren Majorität den Rückzug aus dem Handlungsfeld zur Folge. Während der fragwürdige Charakter der zweiten Aussage (Rückzug) theoretisch wie empirisch nachzuweisen ist²¹, ist der erste Teil (Anpassung an Majorität) theoretisch wie empirisch bislang nicht eindeutig zurückgewiesen worden²². Eine Kritik an der Aussage über die Relevanz von *Cross Pressures*, wie sie mitunter in der Literatur zu finden ist, scheint unhaltbar zu sein. Zwar ist es sicherlich richtig, daß Ego es gelernt hat, ein (allerdings begrenztes) Ausmaß widersprüchlicher Anschauungen in seiner Umwelt zu ertragen, doch ist es ebenso richtig, daß diese Toleranzgrenze zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich hoch ist. In bestimmten Situationen (zum Beispiel in Wahlzeiten) werden nämlich verschiedene, bislang relativ latente Widersprüche aktiviert und im Bewußtsein als Konflikt erfahren. Die Erkenntnis, sich politisch abweichend zu verhalten, hat also zu unterschiedlichen Zeiten eine unterschiedlich große Bedeutung für den einzelnen Akteur. Eine angemessene Kritik hat eher an der Aussage über die Relevanz der Majoritätsmeinung anzusetzen. Wie bereits an *Heiders* Modell dargestellt wurde, setzt freiwillige Anpassung eine positive Beziehung zu Alter voraus. Quantität und Qualität der sozialen Beziehungen müssen unterschieden werden. Nicht alle Personen in Egos Umwelt sind für ihn subjektiv bedeutsam.

Diejenigen, die als bedeutsam empfunden werden, haben objektiv gesehen einen relativ großen Einfluß auf Egos Meinungsbildung. Aus der Sicht des Akteurs könnte man diese Personen – in Anlehnung an *George Herbert Mead* – *Significant Others* nennen. Aus der Sicht des Forschers werden sie ihrer Funktion gemäß gewöhnlich als *Meinungsführer* bezeichnet. Je nachdem, ob diesen *Significant Others* oder *Meinungsführern* vom Akteur eine spezielle oder allgemeine Kompetenz zugeschrieben wird, kann sich der Einfluß auf einen oder mehrere Bereiche erstrecken²³.

Einiges deutet darauf hin, daß einzelne Personen in der Lage sind, von der Mehrheit abweichende Meinungen wirksam zu unterstützen und dies besonders dann, wenn sie vom Akteur selbst als subjektiv bedeutsam oder kompetent eingeschätzt werden²⁴. Ein Wechsel in der Parteipräferenz kann daher auch stattfinden, wenn er *gegen* die Majoritätspräferenz gerichtet ist. Ebenso braucht ein Wechsel nicht notwendigerweise einzutreten, wenn die Mehrheit der Personen in einer Umwelt eine andere Präferenz vertritt. *Einzelne, subjektiv bedeutende Personen (Significant Others) können ein funktionales Äquivalent für viele, aber unbedeutende Personen darstellen. Ein Handeln wider die Majorität ist daher möglich.* Daß man zu einem solchen Ergebnis nicht früher gekommen ist, hängt nicht zuletzt mit der Parteienkonstellation in jenem Staat zusammen, in dem die grundlegenden Untersuchungen über den Einfluß der Primärumwelten durchgeführt wurden: den USA. Die Existenz eines Zweiparteiensystems auf nationaler Ebene bewirkte, daß sich die meisten Wähler der einen oder der anderen Partei in einer relativ homogenen Umgebung befanden. Daten aus Ländern mit einem Mehrparteiensystem indes zeigen bei den Anhängern kleiner Parteien eine überwiegend heterogene Umwelt. Untersuchungen aus der Bundesrepublik z. B. machen dies deutlich (vgl. Tabelle 1).

Es gibt ungefähr genausoviel Anhänger größerer Parteien (CDU und SPD), die sich einer *homogenen* Umwelt ausgesetzt sehen (jeweils 59 Prozent), wie Anhänger kleinerer Parteien (FDP und NPD), die sich einer *heterogenen* Umwelt gegenübergestellt sehen (jeweils 57 Prozent) (Homogenität hier verstanden als Übereinstimmung zwischen Egos Parteipräferenz und der Parteipräferenz seiner Umwelt). Während bei den Anhängern der beiden großen Parteien etwas mehr als die Hälfte eine Stützung eigener Präferenzen und politischen Anschauungen erfährt, trifft dies bei den Anhängern der kleinen Parteien für weniger als ein Fünftel zu.

Um die Bedeutung der Umwelt für ein Individuum besser verstehen zu können, bedarf es weiterer Forschung. Insbesondere sind Untersuchungen notwendig, die sich mit der Struktur einer Umwelt und den mit ihr verbundenen Definitionsprozessen (Auf- und Abwertung von Personen oder ihrer Kompetenz) näher befassen. Nur so kann die Frage beantwortet werden, wie aus einem mehr-

Tabelle 1: Parteipräferenz* und Primärumwelten (in v. H.)**

Indikator: „Und wenn Sie an die Leute denken, mit denen Sie am Wohnort häufiger zusammenkommen, können Sie mir sagen, für welche Partei die meisten dieser Leute sind?“

Parteipräferenz in den Primärumwelten	Parteipräferenz				Insgesamt
	CDU	SPD	FDP	NPD	
CDU	58,6	15,7	33,6	21,6	32,4
SPD	15,5	58,5	21,8	29,7	30,9
FDP	0,5	1,3	12,6	5,4	1,7
NPD	0,6	—	1,7	18,9	0,9
Andere Parteien	0,6	0,3	—	—	0,6
Weiß nicht	22,3	22,4	27,7	21,6	29,5
Keine Angabe	1,8	1,7	2,5	2,7	4,0
Total	99,9	99,9	99,9	99,9	100,0
(N =)	(650)	(598)	(119)	(37)	(2120)

* Die Parteipräferenz des Befragten wurde mit der folgenden Frage erfaßt: „Angenommen, es wäre am nächsten Sonntag schon Bundestagswahl: Welcher Partei würden Sie dann Ihre Stimme geben?“ Diese Frage wurde auch in der Baden-Württemberg-Stichprobe (Tabelle 3) benutzt. — Ebenso wie in Tabelle 3 bezieht sich die Kategorie „Insgesamt“ auf die Gesamtzahl der Befragten, schließt also auch jene mit ein, die andere als die vier genannten Parteien wählen wollen, sich ihrer Entscheidung noch nicht sicher sind, überhaupt nicht wählen wollen oder die Angabe verweigern.

** Wahlberechtigte Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland; Random Sample. Juni 1968.

heitlich dissonanten Kontext dennoch Informationen erwachsen können, die Egos Handeln stützen²⁵.

IV. Der Stellenwert der Primärumwelten

Die Bedeutung interpersonalen Einflusses (und damit der Primärumwelten) für das Wahlverhalten ist je nach Entscheidungssituation und Individuum verschieden stark. Es gibt daher Variationen nach Zeit, Ort und Person.

Die Variation nach Zeit ergibt sich aus dem Zustand des politischen Systems. Ist eine Wahl durch das Fehlen von „Issues“ und/oder durch einander stark angenäherte und daher politisch kaum zu unterscheidende Parteien ausgezeichnet, so ist ein angemessenes Wahlverhalten auf der Basis eigener Einstellungen kaum denkbar: entweder werden diese Einstellungen nicht aktiviert (Fehlen von „Issues“), oder sie werden aktiviert, können jedoch nicht in einer eindeutigen Handlungsanweisung münden (politisch angenäherte Parteien). In einer

solchen Situation bedarf es Informationen, die für Ego das leisten, was der Wahlkampf selbst nicht geleistet hat: eine genaue Unterscheidung der Parteien in solche, die „gut“, und solche, die „nicht so gut“ sind. Die gleiche Situation ist für den Akteur im übrigen auch dann gegeben, wenn das politische System zwar durch Kontroversen zwischen den Parteien gekennzeichnet ist, diese jedoch den potentiellen Wählern nicht in effektiver Weise kommuniziert werden. Für ihn nimmt dann die Wahl den Charakter einer „ruhigen“ Wahl an. Diese Tatsache bedeutet, daß wenig Gründe für, aber auch wenig Gründe gegen die Wahl einer bestimmten Partei sprechen. Wahrscheinlich wird die Unsicherheit der Entscheidung durch mindestens zwei Prozesse reduziert: eine Rückbesinnung auf die eigene Wahltradition und eine verstärkte Orientierung an den Präferenzen der Umwelt. Interpersonale Beeinflussung spielt daher wahrscheinlich in ruhigen Wahlzeiten eine größere Rolle als in Wahlzeiten, in denen heftige Kontroversen ausgefochten und den Wählern kommuniziert werden²⁶: der interpersonale Einfluß scheint die Wahlentscheidung eher kurzfristig zu determinieren. Es ist überdies anzunehmen, daß der Einfluß von anderer Art ist: nur wenige Einstellungen werden in Gesprächen aktiviert, nämlich nur diejenigen, die sich auf die Bewertung von Kandidaten und Parteien (dort insbesondere eine Bewertung früherer Leistungen) beziehen. Andere Einstellungen, die noch relevant sein könnten, bleiben für den einzelnen ohne Bedeutung, da von ihm keine oder nur wenige „Issues“ und/oder Alternativen wahrgenommen werden. Je nach der Lokation in der Sozialstruktur kann sich eine unterschiedliche Perzeption des politischen Systems ergeben: es mag sein, daß in bestimmten Gegenden der lokale Wahlkampf in ineffektiver Weise geführt wird, es mag auch angehen, daß Personen in bestimmten sozialen Schichten eine angemessene Perzeption der Kontroversen aufgrund ihrer Informationsmöglichkeiten und ihrer Informationsgewohnheiten versperrt wird. Je nach Wahl und je nach Lokation in der Sozialstruktur können sich daher Variationen im Stellenwert interpersonalen Einflusses ergeben.

Wir haben den Stellenwert interpersonaler Beeinflussung im Zusammenhang mit der Eindeutigkeit des Objekts von Entscheidungen (= Parteien) diskutiert. Unabhängig von der Eindeutigkeit des Objekts gibt es Unterschiede im Stellenwert je nach Akteur. Wir wollen Persönlichkeitsvariablen im engeren Sinn an dieser Stelle aus der Diskussion ausklammern. Vielmehr soll die Umwelt zu den *Einstellungen* des Akteurs in Beziehung gesetzt werden. Der Einfluß, der auf das Handeln Egos ausgeübt wird, ist nämlich nicht nur durch die Zahl bedeutender und die Zahl unbedeutender Personen samt ihrer Einstellungen bestimmt. Seine eigenen Einstellungen sind für ihn mindestens ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger. So läßt sich beispielsweise empirisch eindeutig zeigen, daß die Tendenz besteht, die Partei zu wählen, die den eigenen Einstellungen am ehe-

sten entspricht²⁷. Weder die Umwelt noch die Einstellungen allein determinieren freilich die Wahl einer bestimmten Partei, sondern erst Umwelt und Einstellungen *zusammen* bewirken dies. Tabelle 2 läßt den Stellenwert beider Faktoren deutlich werden. Statt mehrere Einstellungen in die Analyse miteinzubeziehen, wird dort nur eine Einstellung verwandt, die Sympathie für eine Partei (CDU als Beispiel). Diese Einstellung ist darum besonders gut zu gebrauchen, weil sie als ein summarischer Index für das Ausmaß an Übereinstimmung zwischen Ego und der Partei aufgefaßt werden kann²⁸. Es zeigt sich, daß die Chance, eine bestimmte Partei zu wählen, nur dann besonders groß ist, wenn 1. Egos Einstellung ihr gegenüber sehr positiv ist und 2. seine Umwelt zugleich eine ähnliche Einstellung vertritt.

Tabelle 2: Parteipräferenzen in der Umwelt und eigene Einstellungen* als Determinanten der Wahlentscheidung** für die CDU (in v. H.)***

Parteipräferenzen in der Umwelt	Einstufung der CDU auf dem Skalometer					
	+ 5 bis + 2 (N =)		+ 1 bis -1 (N =)		- 2 bis -5 (N =)	
CDU	66,7	(504)	29,7	(101)	3,6	(28)
SPD	23,8	(382)	4,5	(157)	—	(60)
FDP	15,0	(20)	—	(8)	—	(7)

* Die *eigene Einstellung* zur CDU wurde mit einem Skalometer gemessen, der von + 5 über 0 bis - 5 reicht. Die Skalometer-Frage lautet: „Jetzt hätten wir gerne erfahren, wie Sie heute über die deutschen Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und NPD denken. Ich habe hier eine Art Thermometer (*Skalometer*). Je weiter Sie auf den weißen Kästchen nach oben gehen, um so sympathischer ist Ihnen die betreffende Partei, je weiter Sie auf den schwarzen Kästchen nach unten gehen, um so mehr lehnen Sie die Partei ab. Fangen wir mit der CDU/CSU an.“

** Die *Wahlentscheidung* (Parteipräferenz) wurde wie in Tabelle 1 gemessen. — Die obige Tabelle gibt den prozentualen Anteil der Personen wieder, die sich bei variierendem Umwelts-Kontext für die CDU entscheiden. Die in Klammern gesetzten Zahlen geben die Prozentuierungsbasis N an. Beispiel: Von denjenigen, die die CDU zwischen + 2 und + 5 einstufen und in ihrer Umwelt vorwiegend SPD-Wähler wahrnehmen (N = 382), wählen 23,8 Prozent die CDU.

*** Wahlberechtigte Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Random Sample. Juni 1968.

Im Akt der Wahlentscheidung sind Egos Einstellungen unabhängig von den Einstellungen seiner Umwelt. Beide können als unabhängige Variablen begriffen werden. Legt man eine andere Zeitperspektive zugrunde, so sind sie allerdings voneinander abhängig: Die Umwelt bestimmt langfristig gesehen im Prozeß der Sozialisation Egos Einstellungen. Der Begriff „Umwelt“ wird in diesem Zusammenhang rein formal verstanden, inhaltlich gesehen kann sich ein Wechsel im Personensatz der Umwelt im Lauf der Zeit ergeben haben. Auf den Aspekt der Sozialisation soll hier jedoch nicht näher eingegangen werden²⁹.

Die Wirkung interpersonalen Beziehungen ist nicht nur durch den Inhalt und die Intensität der Einstellungen, sondern auch durch deren Verbindung untereinander bestimmt. Einstellungssysteme, deren Teile stark interdependent sind, bei denen die Veränderung eines Elements auch die Veränderung anderer Elemente nach sich ziehen muß, erweisen sich gewöhnlich einem von außen her induzierten Wandel gegenüber resistenter als weniger interdependente Einstellungssysteme³⁰. Diese Tatsache vermag zu erklären, warum Personen von politisch Interessierten weniger häufig als Faktoren ihrer Wahlentscheidung angegeben werden als von politisch Desinteressierten³¹. Politisch Interessierte weisen nämlich im Vergleich zu ihnen eher eine starke Integration ihres Systems von Einstellungen auf³². Bei politisch Desinteressierten hingegen findet sich ein lose zusammenhängendes Einstellungssystem, der Bewußtseinsgrad logischer bzw. kultureller Konsistenz von Einstellungen ist weniger stark ausgeprägt; es herrscht – mit einem Ausdruck von *R. Lane*³³ – mehr eine *latente* als *manifeste* Ideologie vor. Ist das Einstellungssystem nicht sonderlich stark interdependent, so liegt eine relativ große Beeinflussungsmöglichkeit vor. Tritt diese Beeinflussung auf, so findet eine Anpassung statt. Dieser „Konversionsprozeß“ ist nicht als einfache Substitution einer Norm durch eine andere zu verstehen. Vielmehr ist dieser Vorgang als Veränderung des *Bezugsrahmens* zu erklären³⁴, Interpretationen finden nunmehr unter anderen Gesichtspunkten statt. Bisher latente Vorstellungen werden verstärkt und nehmen einen neuen Rang in der Hierarchie der Einstellungen ein. Je geringer die Interdependenz des Einstellungssystems ist, desto weniger umfassend ist der Bezugsrahmen, der aktiviert und verändert werden muß, bevor sich ein Wandel in einzelnen Einstellungen ergeben kann. Angesichts der geringeren Umweltabhängigkeit interdependenten Einstellungssysteme kann folgender Satz aufgestellt werden: *Ein interdependentes Einstellungssystem kann ein funktionales Äquivalent für eine homogene Umwelt darstellen: Subjektiv sicheres Handeln ist auf der Basis von Einstellungen möglich, die entweder durch andere Einstellungen des Akteurs oder durch eine homogene Umwelt gestützt werden.*

V. Primärumwelten und die Reduktion kognitiver Dissonanz

Nicht alle Wähler weisen in gleicher Stärke eine homogene Umwelt auf. Dies trifft besonders für die Wähler kleiner Parteien zu. Ihre Parteipräferenz hat nicht den Charakter der Selbstverständlichkeit erreicht, sie müssen im Vergleich zu anderen Wählern eher ihre Parteipräferenz vor sich selbst und anderen rechtfertigen³⁵. Diese Tatsache ist in der Literatur nicht adäquat berücksichtigt worden, demgemäß fehlen Ansätze zur Erklärung eines stabilen, abweichenden

Wahlverhaltens. Mit dem Verweis auf *Significant Others* und die Arten von Einstellungssystemen ist hier versucht worden, *einige* der Bedingungen aufzuweisen, die es erlauben, sich wider die Majorität zu verhalten. Dies sind zugleich auch die Bedingungen, die angeben, wann eine Entscheidung für eine Minoritätspartei möglich ist.

Parteien können nicht nur nach der Zahl ihrer Wähler unterschieden werden. Eine weitere Differenzierung ergibt sich aus dem Grad an Legitimität, der den verschiedenen Parteien zugeschrieben wird. Als legitim werden gewöhnlich die Parteien verstanden, deren Ziele als kongruent mit den Zielen des politischen Systems perzipiert werden. In einem „demokratischen System“ werden daher von der Mehrheit der Bevölkerung die Parteien als illegitim definiert, die von ihnen als „undemokratisch“ perzipiert werden.

Aus der Sicht des Akteurs ist es daher ein Unterschied, ob er eine kleine, aber legitime oder eine kleine, aber illegitime Partei wählt. Anders geartete Probleme ergeben sich daraus; welcher Art sie sind und wie sie bewältigt werden, ist bisher nicht erforscht worden. Ein erster Versuch soll im folgenden unternommen werden, die Bedeutung *öffentlicher Legitimität* für das Wahlverhalten näher zu analysieren. Die NPD wird dabei als der Prototyp für eine nicht legitime Partei verstanden. Die Bedeutung der Primärumwelten für die Wahl einer illegitimen Partei wird an ihren Wählern darzustellen sein.

Den Ausgangspunkt für die folgende Analyse soll die Theorie der kognitiven Dissonanz von *Leon Festinger*³⁶ bilden. Zwei ihrer Aussagen sind für die weitere Diskussion von zentraler Bedeutung: 1. Jeder Akteur ist bestrebt, einen Zustand kognitiver Konsonanz für sein Handeln zu erzielen. 2. Ein solcher Zustand ist dann vorhanden, wenn die Zahl gewichteter konsonanter Informationen in einem für den Akteur günstigen Verhältnis zu der Zahl gewichteter dissonanter Informationen steht.

Ein Zustand kognitiver Konsonanz kann daher wie folgt erzielt werden: Verringerung der Zahl dissonanter Informationen – Vergrößerung der Zahl konsonanter Informationen (Quantitative Veränderung der Informationen); Abwertung dissonanter Informationen – Aufwertung konsonanter Informationen (qualitative Veränderung).

Vertreter extrem abweichender Meinungen stehen im Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung. Sie sind daher besonders stark dissonanten Informationen ausgesetzt. Eine Möglichkeit, kognitive Dissonanz zu reduzieren, besteht darin, dissonante Informationen in ihrer Zahl und ihrer Gewichtung zu verändern. Während eine Veränderung in der Gewichtung am ehesten möglich ist, ist eine Veränderung der Zahl nur selten in starkem Maße durchzuführen. In einem solchen Fall kann Dissonanz nur durch eine zahlenmäßige Vergrößerung und eine Aufwertung konsonanter Informationen reduziert werden. Da gewöhnlich

dissonante Informationen ihrer Zahl nach nicht verändert werden können, bedürfen Vertreter extrem abweichender Meinungen mehr konsonanter Informationen als Vertreter „normaler“ Meinungen. Forschungsergebnisse zeigen, daß eine solche Situation tatsächlich auch existiert: Personen mit abweichenden religiösen Anschauungen verfügen über mehr konsonante Informationen als Personen, die in dieser Beziehung mit der Majorität übereinstimmen³⁷. Verschiedene Untersuchungen haben ergeben, daß konsonante bzw. dissonante Informationen besonders dann für den einzelnen von Bedeutung sind, wenn sie durch Personen übermittelt werden.

Kognitive Dissonanzen können daher dann am effektivsten reduziert werden, wenn Angehörige einer Minorität vor allem untereinander Kontakt haben: dadurch wird sowohl die Zahl dissonanter Informationen verringert als auch die Zahl konsonanter Informationen vergrößert. Untersuchungen zeigen, daß dies der Fall ist. Vertreter von Minoritätsmeinungen haben in überproportionaler Weise näheren Kontakt mit Leuten, die eine ähnliche ideologische Position wie sie einnehmen³⁸. Dennoch ist für sie ein Kontakt mit Vertretern der Majoritätsmeinung nicht immer zu vermeiden: dieser Kontakt kann dann allerdings so gestaltet werden, daß nur eine schwache Rezeption dissonanter Informationen stattfindet. Eine Möglichkeit besteht darin, über das kontroverse Thema nicht zu sprechen: Treten Kontroversen zwischen den Gesprächspartnern auf, so wird das Gesprächsthema gewechselt³⁹ und so eine Zufuhr dissonanter Informationen vermieden. Eine andere Möglichkeit liegt in der Abwertung der anderen Person oder ihrer Kompetenz.

Die Wähler der NPD sind Wähler einer Partei, die in der Öffentlichkeit als illegitim definiert wird. Negative Assoziationen sind in der Bevölkerung mit dieser Partei verknüpft⁴⁰. Obwohl es sein mag, daß ein Teil der NPD-Wähler diese negative Definition „ihrer“ Partei nicht wahrnimmt, kann angenommen werden, daß sich die Mehrheit dieser Definition bewußt ist. Die Massenmedien dürften mit zu dieser Erkenntnis beigetragen haben⁴¹. Als ein Indikator für die Existenz eines solchen Bewußtseins kann das Bestreben der NPD-Wähler angesehen werden, ihre Wahlentscheidung dem Interviewer gegenüber geheim zu halten: sie sind stärker als die Wähler von CDU, SPD und FDP in Umfragen unterrepräsentiert. Aber auch diejenigen, die sich als NPD-Wähler identifizieren, weisen Charakteristika auf, die als Indikatoren für ein derartiges Bewußtsein gedeutet werden können. Interpretiert man das Gefühl, von anderen Personen für minderwertig gehalten zu werden, nicht als eine Aussage über das Selbstwertgefühl, sondern als eine Aussage über die Relation des Befragten zu anderen Personen, so kann die Tatsache, daß NPD-Wähler eher als die Wähler anderer Parteien über ein solches Gefühl verfügen⁴², als ein Indikator für das Bewußtsein begriffen werden, einer politischen Minorität anzugehören. Es gibt also Anzeichen dafür, daß NPD-Wähler stärker als die Wähler anderer Parteien dissonanten Informationen ausgesetzt sind; diese Informationen werden offenbar auch von ihnen wahrgenommen. Damit sind jene Bedingungen vorhanden, nach denen laut *Festinger* Prozesse der Dissonanzreduktion folgen müßten.

Nach *Festingers* Theorie müßten NPD-Wähler über ein größeres Maß konsonanter Informationen verfügen als die Wähler der anderen, legitimen Parteien.

Diese Hypothese kann hier nicht überprüft werden. Die Überprüfung einer anderen Hypothese ist freilich möglich. Ausgehend von der Bedeutung der Primärumwelten für die Vermittlung dissonanter und konsonanter Informationen kann erwartet werden, daß sich NPD-Wähler durch eine homogenere Umwelt auszeichnen, als von ihnen normalerweise erwartet werden kann. Um über diesen Erwartungswert etwas aussagen zu können, ist es notwendig, die Homogenität der Umwelt bei den Wählern der *legitimen* Parteien zu vergleichen. Tabelle 1 bringt dazu Daten auf nationaler Basis. Tabelle 3 bringt Daten für Baden-Württemberg, näher aufgeschlüsselt nach einzelnen Primärumwelten.

Tabelle 3: Parteipräferenz und Primärumwelten* (in v. H.)

Indikatoren: „Und jetzt hätte ich für unsere Untersuchung gern noch gewußt, wie das in Ihrer persönlichen Umgebung ist: Für welche Partei sind Ihre Familienangehörigen im allgemeinen?“ — „Und wie ist es bei Ihren Arbeitskollegen (den Arbeitskollegen Ihres Mannes)? Für welche Partei sind die im allgemeinen?“ — „Und wie ist es hier in der Nachbarschaft?“ — „Und in Ihrem Freundeskreis?“

Parteipräferenz der Familie	Parteipräferenz		Parteipräferenz		Insgesamt
	CDU	SPD	FDP	NPD	
CDU	75,7	10,1	20,0	16,7	36,4
SPD	3,9	69,7	6,7	2,8	23,9
FDP	1,0	2,2	54,7	5,6	6,5
NPD	—	0,9	1,3	44,4	2,4
Andere Parteien	—	0,4	—	—	0,6
Sind neutral	3,9	2,2	1,3	11,1	5,2
Für gar keine Partei	0,6	2,2	2,7	8,3	3,6
Keine Angabe**	14,9	12,3	13,3	11,1	21,4
Total (N =)	100,0 (309)	100,0 (228)	100,0 (75)	100,0 (36)	100,0 (878)

Parteipräferenz des Freundeskreises	Parteipräferenz		Parteipräferenz		Insgesamt
	CDU	SPD	FDP	NPD	
CDU	47,0	9,6	20,5	12,5	24,8
SPD	6,7	50,0	9,6	6,3	18,8
FDP	1,8	2,4	26,0	—	4,5
NPD	—	0,5	4,1	37,5	2,3
Andere Parteien	—	—	—	—	0,5
Sind neutral	6,7	5,8	12,3	21,9	8,5
Für gar keine Partei	1,4	1,0	2,7	3,1	1,8
Keine Angabe**	34,4	30,8	24,7	18,7	38,8
Total (N =)	100,0 (283)	100,1 (208)	99,9 (73)	100,0 (32)	100,0 (811)

(Fortsetzung von Tabelle 3)

Parteipräferenz der Kollegen	Parteipräferenz				Insgesamt
	CDU	SPD	FDP	NPD	
CDU	27,4	8,4	17,1	5,3	15,4
SPD	7,5	46,5	15,8	18,4	21,8
FDP	2,4	1,4	7,9	5,3	2,6
NPD	0,3	1,4	1,3	31,6	2,7
Andere Parteien	—	—	—	—	0,2
Sind neutral	7,2	4,2	9,2	7,9	6,8
Für gar keine Partei	1,4	—	—	—	0,6
Keine Angabe**	53,7	38,1	48,7	31,5	49,9
Total (N =)	99,9 (292)	100,0 (215)	100,0 (76)	100,0 (38)	100,0 (841)

Parteipräferenz der Nachbarschaft	Parteipräferenz				Insgesamt
	CDU	SPD	FDP	NPD	
CDU	34,1	22,5	31,6	30,6	27,8
SPD	9,4	22,5	7,9	11,1	11,5
FDP	1,9	0,9	6,6	—	1,8
NPD	0,3	0,9	1,3	16,7	1,6
Andere Parteien	—	—	—	—	—
Sind neutral	4,9	3,8	9,2	5,6	5,2
Für gar keine Partei	0,3	—	—	2,8	0,6
Keine Angabe**	48,0	49,3	43,4	33,2	51,5
Total (N =)	99,9 (308)	99,9 (213)	100,0 (76)	100,0 (36)	100,0 (858)

* Wahlberechtigte Wohnbevölkerung Baden-Württembergs. Random Sample. Mai 1968.

** In der Kategorie „keine Angabe“ wurden die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ zusammengefaßt.

Wie sich aus den Tabellen ablesen läßt, nimmt die Zahl der Personen mit homogenen Primärumwelten ab, je kleiner die Zahl der Personen wird, die eine ähnliche Parteipräferenz bekunden. Es besteht also eine positive Korrelation zwischen dem Stimmenanteil einer Partei und der Anzahl ihrer Wähler, die sich einer homogenen Umwelt ausgesetzt sehen ⁴³.

NPD-Wähler müßten also normalerweise eine weniger homogene Umwelt als FDP-Wähler aufweisen. Unsere Hypothese wäre daher bereits dann bestätigt, wenn NPD-Wähler über eine ebenso homogene Umwelt verfügen würden wie FDP-Wähler. Die Tabellen 1 und 3 zeigen nun, daß sich NPD-Wähler sogar in

weit stärkerem Maße als FDP-Wähler durch eine solche Umwelt auszeichnen! Auf den ersten Blick scheint allerdings die Primärumwelt „Familie“ eine Ausnahme zu machen. Berücksichtigt man jedoch auch die Kategorie „Neutral“, so ergibt sich auch hier für die NPD-Wähler eine Umwelt, die in der Homogenität den FDP-Wählern überlegen ist. Damit kann unsere Hypothese als gesichert gelten⁴⁴: Wähler einer „illegitimen“ Partei haben eine homogenere Umwelt, als normalerweise erwartet werden kann. *Die Wahl einer Partei scheint erst dann für den Akteur subjektiv möglich zu werden, wenn genügend Personen in seiner Umwelt anzutreffen sind, die seine Parteipräferenz stützen. Die Notwendigkeit einer Stützung ist um so größer, je stärker die Partei, auf die sich die Präferenz bezieht, in der Öffentlichkeit als illegitim definiert wird.*

Zwei Erläuterungen sind zu dieser Aussage nötig: (1) Es ist individuell verschieden, ob *genügend* Personen vorhanden sind, die die eigene Präferenz stützen. Wir haben darauf bereits an anderer Stelle hingewiesen, als wir uns der Bedeutung von *Significant Others* und der Bedeutung des Systems von Einstellungen näher angenommen haben. (2) Eine andere Frage ist die, ob die eigene Präferenz tatsächlich oder vermeintlich durch die Umwelt gestützt wird.

VI. Exkurs über die Wahrnehmung von Parteipräferenzen

Untersuchungen, die die wahrgenommenen Präferenzen mit den tatsächlichen in einer Umwelt verglichen haben, sind kaum vorhanden⁴⁵. Es ist unter Umständen auch für den Akteur irrelevant, ob seine Wahrnehmung richtig oder falsch ist. Ist für ihn nur die Parteipräferenz in der Umwelt momentan wichtig, so ist es – subjektiv gesehen – für seine Wahlentscheidung nur von Bedeutung, ob eine Unterstützung *wahrgenommen* wird. Entscheidend ist für ihn das Erlebnis konsonanter Informationen. Objektiv gesehen ist die tatsächliche Präferenz in der Umwelt freilich nicht irrelevant. Personen mit anderer Parteipräferenz weisen nämlich gewöhnlich auch andere politische Einstellungen auf. Werden diese in Prozessen der Kommunikation übermittelt, so findet ein Einfluß auf die politischen Einstellungen des Akteurs statt. Nicht zuletzt auf der Grundlage dieser Einstellungen erwächst seine eigene Wahlentscheidung. Die Frage ist allerdings, inwieweit die Personen, deren Parteipräferenz falsch wahrgenommen wird, tatsächlich über andere politische Einstellungen verfügen.

Um darauf eine Antwort geben zu können, ist es notwendig, sich den Charakter von Gesprächen über Politik in alltäglichen Situationen zu vergegenwärtigen, durch die ja allein eine Parteipräferenz sichtbar werden kann. In diesen Gesprächen, so zeigen Untersuchungen, wird die eigene Parteipräferenz als allgemeine Identifikation mit einer bestimmten Partei nur selten offen ausgespro-

den, besonders dann nicht, wenn sie als abweichend empfunden wird⁴⁶. Dennoch wird gewöhnlich den Personen in einer Umwelt eine bestimmte Parteipräferenz zugeschrieben. Dies geschieht auf der Basis von Inferenzen, die aus den Stellungnahmen zu verschiedenen Fragen gezogen werden. Eine derartige Zuschreibung erfolgt nicht zufällig, sondern aufgrund bestimmter Erfahrungen und Stereotypen, die die „Realität“ ungefähr widerspiegeln. Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß jemand eine Partei auch wählt, wenn er eine Reihe bestimmter Einstellungen aufweist. Aufgrund dieser Wahrscheinlichkeitsbeziehung resultiert die Zurechnung. Sie hat wahrscheinlich immer dann eine erhöhte Chance, falsch zu sein, wenn nur wenige Einstellungen des Interaktionspartners sichtbar werden und zudem Ego die unterschiedliche Relevanz einzelner Einstellungen für sein eigenes Wahlverhalten und das von Alter nicht beachtet wird. Sind für ihn bestimmte Einstellungen als Determinanten seiner Entscheidung besonders relevant, nicht aber für Alter, so dürfte das Vorhandensein gleicher Einstellungen noch nicht auf eine identische Parteipräferenz schließen lassen. Da es unwahrscheinlich ist, daß in Gesprächen die genaue Struktur des Einstellungssystems sichtbar wird, erfolgt die Einordnung der Einstellungen daher durch Ego vor dem Hintergrund einer Struktur, die durch sein eigenes Einstellungssystem gegeben ist. Zwei weitere Gründe sprechen dafür, daß das Ausmaß an Übereinstimmung zwischen Ego und Alter hinsichtlich der Parteipräferenz gewöhnlich überschätzt und nicht unterschätzt wird⁴⁷: Eine Selbstzensur scheint in Gesprächen als Teil einer allgemeinen Lebensstrategie praktiziert zu werden, deren Funktion es ist, in unmittelbaren persönlichen Interaktionen Gemeinsamkeiten hervorzuheben und Gegensätze zu minimalisieren⁴⁸. Eine derartige rein verbale Anpassung an den Interaktionspartner hätte zur Konsequenz, daß ein größeres Maß an Übereinstimmung vorgetäuscht wird, als tatsächlich vorhanden ist. Die Tendenz, konsonante Informationen eher als dissonante wahrzunehmen, dürfte ebenso bei Ego zu einer Überschätzung der Übereinstimmung mit seiner Umwelt führen. Selbst bei einer falschen Zurechnung der Parteipräferenz kann jedoch nicht nur von einer subjektiven, sondern auch von einer objektiven Stützung der eigenen Präferenz durch die Umwelt gesprochen werden. Da die Zurechnung aufgrund bestimmter, sichtbar gewordener Einstellungskonstellationen erfolgt, die gewöhnlich stark mit einer bestimmten Parteipräferenz korrelieren, kann geschlossen werden, daß Personen, deren Parteipräferenz falsch wahrgenommen wird, eine bestimmte Einstellungskonstellation aufweisen, die diese Parteipräferenz nahelegen würde. Von Alter werden also auch verschiedene Einstellungen vertreten, die für Ego die Basis seiner Wahlentscheidung darstellen. Würde daher die Wahrnehmung der Parteipräferenz Alters durch Ego korrigiert, so würde die subjektive Stützung einer Präferenz zwar fortfallen, die objektive indes bestehenbleiben. Selbst bei einer falschen

Wahrnehmung der Parteipräferenz würde darum die Umwelt die Parteipräferenz von Ego objektiv, nämlich über eine Reihe für ihn relevanter Einstellungen stützen. Die hier vorgetragene Aussage über die Beziehung zwischen Einstellungen und falsch wahrgenommener Parteipräferenz ist allerdings noch unüberprüft und hat daher nur den Charakter einer Hypothese. Der Exkurs erschien uns jedoch notwendig, um darauf hinzuweisen, daß nicht nur eine richtige, sondern auch eine falsche Wahrnehmung der Umwelt eine Stützung der Parteipräferenz bedingen kann.

VII. *Schlußbemerkungen*

Es ist versucht worden, die Bedeutung der Primärumwelten für das Wahlverhalten näher zu analysieren, um erklären zu können, unter welchen Umständen abweichendes Wahlverhalten möglich ist. Eine derartige Fragestellung ist bislang kaum beachtet worden, weil abweichendes Wahlverhalten stets als temporär aufgefaßt wurde: Wenn man sich mit diesem Thema befaßte, so dann nur im Zusammenhang mit dem Wechsel von Parteipräferenzen. Hier nun war es eher von Interesse, unter welchen Bedingungen permanent abweichendes Wahlverhalten stattfinden kann. Nicht die Wechsler, sondern die Wähler kleiner Parteien waren letztlich Gegenstand eines Erklärungsversuchs.

Zusammen mit dem Begriff der *Umwelt* ist eine Konzeption verwandt worden, die Ego nicht unter den Einfluß einer Gruppe, sondern einer Vielzahl von Personen gestellt sieht; diese Personen können subjektiv wie objektiv gesehen von unterschiedlicher Wichtigkeit sein. Hiervon ausgehend ist ein Ansatz benutzt worden, der in der Lage ist, ein Erklärungsschema für stabiles, abweichendes Wahlverhalten zu liefern (Bedeutung der *Significant Others*). Der Stellenwert der Primärumwelten wurde dann von Egos politischen Einstellungen und ihrer Organisation her näher bestimmt. Schließlich wurde das politische System in die Betrachtung miteinbezogen und das Problem der öffentlichen Legitimität einer Partei am Beispiel ihrer Wähler diskutiert. Es konnte gezeigt werden, daß Wähler extremer Parteien zwar mehrheitlich keine Stützung ihrer Präferenz in den Primärumwelten erfahren, die vorhandene Stützung jedoch größer ist, als von der Zahl der Anhänger her zu erwarten ist.

Bevor eine Partei gewählt werden kann, müssen genügend Personen in der Umwelt sein, die die eigene Präferenz stützen. Nun ist es allerdings kaum möglich, je nach Belieben die Personen in einer Primärumwelt auszuwechseln. Überdies nimmt für die meisten Individuen Politik nicht einen derart hohen Rang in der Hierarchie der Einstellungen ein, als daß bei ihnen ein politischer Dissensus automatisch zu einem Abbruch der Beziehungen führen würde. Es kann daher

im Fall der NPD-Wähler kaum erwartet werden, daß sie seit der Gründung ihrer Partei größere Änderungen in der personalen Zusammensetzung ihrer Umwelt vornahmen. Wahrscheinlich blieb die Zusammensetzung relativ statisch: nur diejenigen entschlossen sich daher zur Wahl der NPD, die in ihrer Umwelt genügend Personen mit gleicher Präferenz wahrnahmen. Blieb die Zusammensetzung gleich, so veränderte sich jedoch möglicherweise die subjektive Bedeutung der in ihr vertretenen Personen. Es ist denkbar, daß NPD-Wähler durch eine Auf- und Abwertung verschiedener Personen einen Versuch zur Reduktion kognitiver Dissonanz unternahmen. Über diese Prozesse freilich wissen wir fast nichts. Weitere Forschung ist daher zu der Frage nötig, wie Informationen konsonanter und dissonanter Art empfangen und verarbeitet werden. Da diese Informationen über Personen, aber auch durch Massenmedien vermittelt werden, ist es notwendig, sich sowohl mit den einseitigen (Massenmedien) als auch den zweiseitigen Kommunikationsbeziehungen (interpersonale Beziehungen) sowie ihrer Relation zueinander näher zu befassen. Zum anderen bedürfen die Beziehungen zwischen Primärumwelten und Egos Einstellungen einer genaueren Betrachtung. Obwohl diese Fragestellungen keineswegs neu sind – sie finden sich bereits in den frühen Wahlstudien von *Lazarsfeld* –, ist eine systematische Beschäftigung mit ihnen weitgehend unterblieben. Die frühen Ansätze wurden nicht fortgeführt; eine kumulative Entwicklung der Theorie auf der Basis empirischer Forschung hat nicht stattgefunden. Es ist an der Zeit, den alten „Faden“ neu zu knüpfen.

Anmerkungen

¹ J. H. Goldthorpe, D. Lockwood, F. Bechhofer, J. Platt, *The Affluent Worker: Political Attitudes and Behaviour*, Cambridge 1968, Kap. 4.

² B. Särilvik, *Socio-Economic Predictors of Voting Behavior. Research Notes from a Study of Political Behavior in Sweden*, in: Otto Stammer, Hrsg., *Parteiensysteme, Parteienorganisationen und die neuen Politischen Bewegungen*. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1968, S. 386.

³ Rudolf Heberle, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus: Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932*, Stuttgart 1963.

⁴ D. R. Segal und S. H. Wildstrom, *Community Effects on Political Attitudes*, in: *Sociological Quarterly* 11 (1970), S. 67.

⁵ Seymour M. Lipset, Martin Trow, James Coleman, *Union Democracy*, Garden City, N. Y., 1962 (zuerst 1956). Diese Untersuchung ist in der Wahlsoziologie kaum rezipiert worden, obwohl sie methodisch wie theoretisch recht innovativ ist. Wahrscheinlich hat nicht zuletzt der Untersuchungsgegenstand mit zu der Vernachlässigung beigetragen: im Mittelpunkt steht eine Gewerkschaft und nicht das nationale politische System.

⁶ Folgende Arbeiten befassen sich mehr oder minder intensiv mit Primärumwelten: *DIVO*, *Untersuchung der Wählerschaft und Wahlentscheidung 1957*, als Manuskript vervielfältigt, Frankfurt/M.–Bad Godesberg 1958; Erwin K. Scheuch, *Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten*, in: Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann, Hrsg., *Zur Soziologie der Wahl*, Köln–Opladen 1965, S. 169–214; Max Kaase, *Wechsel von Parteipräferenzen*, Meisenheim am Glan 1967; F. Golzem, *Voraussetzungen für Wählermobilität*, in: K. Liepelt und Alexander Mitscherlich, Hrsg., *Thesen zur Wählerfluktuation*, Frankfurt/M. 1968; Hans D. Klingemann, *Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung. Eine regionale Wahlanalyse*, Meisenheim am Glan 1969.

⁷ Zur Mehrebenenanalyse vgl. *Erwin K. Scheuch*, Entwicklungsrichtungen bei der Analyse sozialwissenschaftlicher Daten, in: *René König*, Hrsg., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band I, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 670–677.

⁸ Vgl. *Erwin K. Scheuch*, Social Context and Individual Behavior, in: *Mattei Dogan* und *Stein Rokkan*, Hrsg., Quantitative Ecological Analysis in the Social Sciences, Cambridge, Mass., und London 1969, besonders S. 144–155.

⁹ Die Daten wurden dem Verfasser freundlicherweise vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln zur Verfügung gestellt.

¹⁰ *Erwin K. Scheuch*, Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten, a.a.O., S. 173.

¹¹ Zu dieser Auffassung vgl. *H. Znaniecki Lopata*, The Secondary Features of a Primary Relationship, in: *Human Organization* 24 (1965), S. 116.

¹² Zum Begriff des Rollenelements vgl. *S. A. Weinstock*, Role Elements: A Link Between Acculturation and Occupational Status, in: *British Journal of Sociology* 14 (1963), S. 144–149.

¹³ Die Reihenfolge Familie – Freunde – Kollegen – Nachbarn läßt sich aufstellen, wenn man die wenigen vorhandenen Daten über Aktivitäten und Gespräche in den verschiedenen Primärumwelten sichtet und sie vom Kriterium „Anteil intimer Beziehungen“ her ordnet. Vgl. u. a. *A. Schneider*, Expressive Verkehrskreise. Eine empirische Untersuchung zu freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen, Dissertation Köln 1969; *Eugene Litwak* und *I. Szelenyi*, Primary Group Structures and Their Functions: Kin, Neighbors and Friends, in: *American Sociological Review* 34 (1969), S. 465–481.

¹⁴ Zum Begriff der „Contact-Points“ vgl. *Bernard Berelson*, *Paul F. Lazarsfeld*, *William McPhee*, Voting: A Study of Opinion Formation During a Presidential Campaign, Chicago-London 1954, S. 94. Der Begriff des „Netzwerks“ ist erstmals von Sozialanthropologen systematisch verwandt worden. Vgl. u. a. *Elizabeth Bott*, Family and Social Network. Roles, Norms, and External Relationships in Ordinary Urban Families, London 1957. Die beste neuere Zusammenfassung bietet *J. Clyde Mitchell*, The Concept and Use of Social Networks, in: *J. C. Mitchell*, Hrsg., Social Networks in Urban Situations. Analysis of Personal Relationships in Central African Towns, Manchester 1969, S. 1–50. Neuerdings wird in der mathematisch orientierten Soziologie der Versuch unternommen, eine Beziehung zwischen der Graphentheorie und dem Netzwerkkonzept herzustellen; vgl. z. B. *B. F. Lorrain* und *H. C. White*, Structural Equivalence of Individuals in Social Networks, in: *Journal of Mathematical Sociology* 1 (1971), S. 47–84.

¹⁵ *Norman Kaplan*, Reference Group and Interest Group Theories of Voting, in: *Herbert Hyman* und *Eleanor Singer*, Hrsg., Readings in Reference Group Theory and Research, New York 1968, S. 461–472.

¹⁶ Vgl. *G. Sartori*, The Sociology of Parties. A Critical Review, in: *Otto Stammer*, Hrsg., Parteiensysteme . . . , a.a.O., S. 1–25. Quasi-Gruppen und Primärumwelten müssen auseinandergehalten werden, auch wenn sie eng miteinander verbunden sind. Es ist daher nicht sinnvoll, von einem Indikator, der Merkmale von Quasi-Gruppen mißt, auf Merkmale von Egos Primärumwelten zu schließen (wie das mit dem IPP Index durch *Lazarsfeld* geschehen ist; vgl. *Paul F. Lazarsfeld*, *Bernard Berelson*, *Hazel Gaudet*, The People's Choice, 3. Aufl. New York-London 1968, S. 138 f.). Eine theoretische, aber empirisch nicht durchgeführte Trennung findet sich bei *F. Golzem*, die zwei Variablen („Kommunikationsstruktur“ und „Sozialökonomische Struktur“) einander gegenüberstellt, als wären sie voneinander abhängig. Realiter sind aber beide durch Kontrastgruppenanalyse gewonnen worden und haben einige Merkmale (z. B. Beruf) gemeinsam.

¹⁷ Es gibt nur wenige Ansätze, die versuchen, entweder von der Kleingruppenforschung (*Dietrich Rüschemeyer*) oder vom Symbolischen Interaktionismus (*Peter L. Berger* und *Thomas Luckmann*) her eine Integration mit der herkömmlichen Wissenssoziologie durchzuführen; vgl. *Dietrich Rüschemeyer*, Probleme der Wissenssoziologie, Dissertation Köln 1958; *Peter L. Berger* und *Thomas Luckmann*, The Social Construction of Reality, Garden City, N. Y., 1967.

¹⁸ Ein Indikator für die größere Stabilität von Einstellungen den Parteien gegenüber findet sich darin, daß zwischen Kindern und Eltern die Parteipräferenz stärker korreliert als ideologische Einstellungen. Vgl. *Scott Greer* und *Peter Orleans*, Political Sociology, in: *Robert E. Faris*, Hrsg., Handbook of Modern Sociology, Chicago 1964, S. 814. Eine andere Untersuchung zeigt, daß in Wahlzeiten Einstellungen einem Wandlungsprozeß unterliegen, Parteipräferenzen jedoch dabei am stabilsten sind. Einstellungen mehr ideologischer Art zu verschiedenen „Issues“ wurden tendenziell mit der ideologischen Position der Partei in Übereinstimmung gebracht; vgl. *P. F. Lazarsfeld*, *B. Berelson*, *H. Gaudet*, The People's Choice, a.a.O., S. XXXVII.

¹⁹ *Fritz Heider*, Attitudes and Cognitive Organization, in: *Journal of Psychology* 21 (1946), S. 107–112.

²⁰ Vgl. die Verweise in *Richard V. Wagner, The Study of Attitude Change: An Introduction*, in: *Richard V. Wagner und John J. Sherwood, Hrsg., The Study of Attitude Change*, Belmont, Cal., 1969, S. 1–18.

²¹ Vgl. u. a. *Robert E. Lane, Political Life*, Glencoe, Ill., 1959, S. 201; *Ithiel de Sola Pool, Robert P. Abelson, Samuel L. Popkin, Candidates, Issues and Strategies*, Cambridge, Mass., 1964, S. 75 ff.; *Jürg Steiner, Bürger und Politik*, Meisenheim am Glan 1969, S. 100.

²² „Cross Pressures“ sind ursprünglich von *P. F. Lazarsfeld, B. Berelson und H. Gaudet* in einer recht simplen und daher methodisch anfechtbaren Weise gemessen worden. Zur Kritik an ihrem IPP-Index vgl. u. a. *H. Daudt, Floating Voters and the Floating Vote*, Leiden 1961. *Max Kaase* hat versucht, die „Cross Pressures-Hypothese“ auf der Ebene der Primärumwelten zu testen. Er konnte jedoch keine Unterschiede zwischen Wechselwählern und konstanten Wählern in dieser Hinsicht feststellen; vgl. *Max Kaase, Wechsel von Parteipräferenzen*, a.a.O., S. 138 ff. Dieses Ergebnis ist wahrscheinlich Folge der Operationalisierung von „Gegendruck“-Situationen. Erfasst wurden, da Mehrfachnennungen möglich waren (was aus dem Text nicht hervorgeht!), widersprüchliche Präferenzen in einer Umwelt. Eine derartige Operationalisierung ist geeignet, „Breakage Effects“ festzustellen, vermag jedoch nicht die Hypothese zu überprüfen, Wechselwürden sich der vorherrschenden Wahlentscheidung in ihrer Umwelt anpassen. Eine adäquate Operationalisierung der Hypothese bietet *Hans D. Klingemann*, der Cross Pressures als Widerspruch zwischen der eigenen Parteipräferenz und der in den Primärumwelten vorherrschenden Präferenz begreift. Seine in einer Paneluntersuchung gewonnenen Ergebnisse bestätigen die Wechselwählerhypothese von *P. F. Lazarsfeld*; vgl. *H. D. Klingemann, Bestimmungsgründe . . .*, a.a.O., S. 321. Vgl. auch *F. Goltz, Voraussetzungen . . .*, a.a.O., S. 104.

²³ Meinungsführer sind erstmals systematisch von *Elihu Katz und P. F. Lazarsfeld* untersucht worden; vgl. *Elihu Katz und Paul F. Lazarsfeld, Personal Influence*, New York 1964 (zuerst 1955). Eine Reanalyse der Daten aus „Personal Influence“ zeigt, daß es entgegen der Meinung von *Katz und Lazarsfeld* doch allgemeine und nicht nur spezielle Meinungsführer gibt. Vergleicht man die Meinungsführerschaft in den drei untersuchten Bereichen (Fashion, Marketing, Public Affairs), so finden sich Personen überrepräsentiert, die in einem oder in allen drei Bereichen Meinungsführer sind: „Generalized opinion leadership tends to be an all or nothing phenomenon“ (*A. S. Marcus und Raymond A. Bauer, Yes, There Are Generalized Opinion Leaders*, in: *Public Opinion Quarterly* 28, 1964, S. 631). Untersuchungen zur Diffusionsforschung deuten ebenfalls auf die Existenz allgemeiner und spezieller Meinungsführer hin. Zur Diffusionsforschung vgl. den Überblick bei *Klaus Kiefer, Die Diffusion von Neuerungen. Kultursoziologische und kommunikationswissenschaftliche Aspekte agrarsoziologischer Diffusionsforschung*, Tübingen 1967. Eine andere Frage, die bislang kaum untersucht worden ist, zielt auf die Personen, die durch Meinungsführer beeinflußt werden. Neuere Daten hierzu, die einige der älteren Ergebnisse und Konzepte in Frage stellen, finden sich bei *V. C. Troidahl und R. v. Dam, Face to Face Communication about Topics in the News*, in: *Public Opinion Quarterly* 34 (1966), S. 662–634.

²⁴ *Salomon Asch* fand zum Beispiel bei seinen Laboratoriumsexperimenten schon dann bei den Versuchspersonen den Konformitätsdruck radikal herabsinken, wenn eine einzige Person sich dem Vertreter der Minoritätsposition zugesellte; vgl. *Salomon Asch, Social Psychology*, Englewood Cliffs, N. J., 1952, S. 477 ff. *H. D. Klingemann, Bestimmungsgründe . . .*, a.a.O., S. 245, berichtet, daß ein „Politisch Interessierter“ als Informationsquelle von Wechselwählern häufiger angegeben wird als von konstanten Wählern. Es scheint, als würde hier ein *Significant Other* bewirken, daß eine vorhandene Handlungsdisposition in Handlung umgesetzt wird.

²⁵ Der Verfasser ist gegenwärtig damit beschäftigt, einige dieser Fragen empirisch zu überprüfen. Die bisher vorliegenden (vorläufigen) Ergebnisse deuten darauf hin, daß eine Strategie, mangelnde Übereinstimmung in einer Umwelt zu kompensieren, darin besteht, sich häufiger mit Leuten über Politik zu unterhalten, die eine Stützung der eigenen politischen Einstellungen bieten.

²⁶ *Donald E. Stokes* beispielsweise meint, daß der statische, soziale Determinismus des Wählerverhaltens, wie er sich in *The People's Choice* darstellt, auf den ruhigen Charakter der untersuchten Wahl zurückzuführen ist; vgl. *Donald E. Stokes, Some Dynamic Elements of Contests for the Presidency*, in: *American Political Science Review* 60 (1966), S. 19.

²⁷ Ein Wahlverhalten, das den eigenen Einstellungen gemäß ist, wird gewöhnlich als ein „rationales“ Verhalten begriffen. Wechselwähler sind häufig als ein Testfall für die „Rationalität“ des Wählerwillens verstanden worden, schließlich sind sie es, die einen Wandel im Zustand des politischen Systems bewirken. Eine Arbeit hat einen auffallend großen Einfluß auf die Dis-

kussion über die „Rationalität“ des Wähler-, insbesondere des Wechselwählerverhaltens ausgeübt: *Valdimer O. Key, Jr.* (unter Mitarbeit von *M. C. Cummings, Jr.*), *The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Voting 1936-1960*, New York 1966. Diese Arbeit wird von vielen Politologen als eine Widerlegung des *Lazarsfeld*-Ansatzes in der Wahlforschung angesehen (Vgl. zum Beispiel den aggressiven Kommentar von *A. Maas*, Foreword, in: *Valdimer O. Key, Jr.*, a.a.O., S. VII-XV.) Eine derartige Interpretation ist freilich unsinnig: 1. Interpersonale Beeinflussung des Wählerverhaltens und Handeln auf der Basis eigener Einstellungen sind keine Gegensätze. Interpersonale Beeinflussung wirkt sich schließlich auch auf die Einstellungen aus, auf die der Akteur sein Handeln stützt. Vgl. in diesem Zusammenhang Abbildung 1. *Key* und andere sehen offenbar nur den direkten Einfluß der Primärumwelten auf die Wahlentscheidung, nicht den indirekten. 2. Der *Lazarsfeld*-Ansatz wird vereinfacht dargestellt, er ist viel differenzierter als viele seiner Kritiker glauben. Auch *Lazarsfeld* und seine Mitarbeiter haben nämlich die Einstellungen als die Grundlage des Wählerverhaltens verstanden. Ebenso findet sich bei ihnen bereits die These *Keys* angelegt, ein Wechsel würde den eigenen Einstellungen gemäß erfolgen. Vgl. *P. F. Lazarsfeld, B. Berelson* und *H. Gaudet*, a.a.O., S. 60. Eng mit dieser Diskussion über die „Rationalität“ des Wechselwählerverhaltens hängt auch die Diskussion über das Politische Interesse der Wechsler zusammen. Während *P. F. Lazarsfeld, B. Berelson* und *H. Gaudet*, a.a.O., S. 63, besonders viele politisch Desinteressierte unter den Wechslern vorfinden, haben neuere Untersuchungen gezeigt, daß eine differenzierte Betrachtungsweise angebracht ist. Zum einen muß zwischen verschiedenen Wechselwählertypen unterschieden werden; so gibt es zum Beispiel solche, die erst kurz vor der Wahl ihre Wahlentscheidung ändern, und solche, die sich bereits lange vor dem Wahlkampf dazu entschlossen haben, einen Wechsel in der Parteipräferenz vorzunehmen. Je nach Wechselwählertyp scheint ein unterschiedliches Ausmaß an politischem Interesse vorzuliegen. Dazu siehe *H. D. Klingemann*, Bestimmungsründe . . ., a.a.O., S. 241. Zum anderen muß der Charakter der Wahl mitberücksichtigt werden: je nach Wahl können unterschiedliche Gruppierungen unter den Wechselwählern vertreten sein. – Die Fragen, die an das Wählerverhalten gestellt werden müssen, lauten nicht: „Welche Faktoren spielen was für eine Rolle?“, sondern: „Unter welchen Bedingungen spielen welche Faktoren was für eine Rolle?“

²⁸ Der Rang der entsprechenden Partei ergibt sich allerdings erst aus dem Vergleich der Skalometereinstufungen für verschiedene Parteien. Wir haben ihn hier nicht benutzt, weil er u. E. bereits den Einfluß der Umwelt widerspiegelt.

²⁹ Zur Kritik an der bisherigen Sozialisationsforschung vgl. *James Steintrager*, *Political Socialization and Political Theory*, in: *Social Research* 35 (1968), insbesondere S. 118-120.

³⁰ *David Krech, Richard Crutchfield, Egerton L. Ballachey*, *Individual in Society*, New York 1962, S. 216.

³¹ *Lester W. Milbrath*, *Political Participation*, Chicago 1965, S. 40.

³² Vgl. *Bo Anderson, Morris Zelditch, Jr., P. Takagi, D. Whiteside*, *On Conservative Attitudes*, in: *Acta Sociologica* 3 (1965), S. 197; *Philip E. Converse*, *The Nature of Belief Systems in Mass Publics*, in: *David Apter*, Hrsg., *Ideology and Discontent*, New York 1964, S. 209, 227 ff.

³³ *Robert Lane*, *Political Ideology*, New York-London 1962.

³⁴ *Elihu Katz* und *Paul F. Lazarsfeld*, *Personal Influence*, a.a.O., S. 79.

³⁵ FDP-Wähler berichten beispielsweise häufiger als CDU- oder SPD-Wähler von einer Nichtübereinstimmung in politischen Gesprächen; vgl. *Infratest* und *Intermarket*, *Einstellungen des Bundesbürgers zu politischen Fragen*. Als Manuskript vervielfältigt, München-Düsseldorf o. J., S. 170.

³⁶ *Leon Festinger*, *A Theory of Cognitive Dissonance*, New York 1957.

³⁷ Vgl. u. a. *Don D. Smith*, *Cognitive Consistency and the Perception of Other's Opinion*, in: *Public Opinion Quarterly* 32 (1968), S. 11.

³⁸ Vgl. *I. Nowak*, *Need for Similarity with Friends as a Personality Trait*, in: *Polish Sociological Bulletin* (1963), S. 72; *Leon Festinger, Henry W. Riecken, Jr., Stanley Schachter*, *When Prophecy Fails*, Minneapolis 1956.

³⁹ *Erwin K. Scheuch*, *Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten*, a.a.O., S. 189 ff.

⁴⁰ Vgl. *D. Franke*, *Der Bedeutungsgehalt des Begriffs „Fanatismus“*, in: *K. D. Hartmann*, Hrsg., *Politische Beeinflussung. Voraussetzungen, Ablauf und Wirkungen*, Frankfurt/M. 1969, S. 120.

⁴¹ Zwar findet sich bei NPD-Wählern eine Tendenz zur selektiven Benutzung von Massenmedien, doch ist diese insgesamt gesehen gering; vgl. *Karl-Heinz Reuband*, *Die Informations-*

quellen der NPD-Wähler in der Landtagswahl am 28. April 1968 in Baden-Württemberg, in: Soziologenkorrespondenz 2 (1971), Heft 1/2.

⁴² H. E. Richter und D. Beckmann, Total siegen oder total zugrunde gehen, in: Der Spiegel 22 (1968), Nr. 52, S. 32.

⁴³ Eine Ausnahme scheint auf den ersten Blick neben den „Kollegen“ auch der „Freundeskreis“ zu machen, in dem CDU-Wähler eine geringere Übereinstimmung aufweisen als SPD-Wähler (47,0 Prozent vs. 50,0 Prozent). Berechnet man jedoch die relative Homogenität durch Subtraktion des heterogenen Anteils vom homogenen, so weisen CDU-Wähler einen geringfügig höheren Homogenitätsindex auf (38,5 Prozent vs. 38,1 Prozent). Unsere Feststellung wird auch durch andere Untersuchungen gestützt. H. D. Klingemann (a.a.O., S. 221) fand abnehmende Übereinstimmung in der Folge CDU-SPD-FDP in den Bereichen „Familie und Verwandte“ sowie „Freunde, Kollegen und Bekannte“. Bei *DIVO* (a.a.O., S. 211) ergab sich die Reihenfolge CDU-SPD-Kleine Parteien sowohl in der „Familie“ als auch unter „Freunden“. Eine hier nicht wiedergegebene Aufgliederung der Tabelle 1 nach Geschlecht zeigt, daß der Grad an Übereinstimmung mit dem Stimmenanteil variiert, den die jeweilige Partei in der Kategorie „Mann“ oder „Frau“ auf sich vereinigen kann (SPD-CDU-FDP vs. CDU-SPD-FDP). Eine Aufgliederung der Tabelle 3 nach Geschlecht erbringt nicht dieses Ergebnis, da in Baden-Württemberg im Gegensatz zum Bund nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer der CDU den Vorzug geben. Der Stimmenanteil einer Partei in einer Quasi-Gruppe spiegelt sich daher in dem Grad an Übereinstimmung zwischen den Angehörigen der Primärumwelten und Ego als Mitglied dieser Quasi-Gruppe wider.

⁴⁴ Die wesentlichen Relationen verändern sich auch dann nicht, wenn man die Variablen Alter, Geschlecht, Schicht, Politisches Interesse und Gemeindegröße in die Tabellierung mitaufnimmt. Angesichts der geringen Samplegröße konnten diese Variablen allerdings nur in einer dichotomischen Ausprägung berücksichtigt werden. Auf der Grundlage anderer Daten läßt sich die Hypothese zurückweisen, der größere Grad an Homogenität bei NPD-Wählern wäre Folge einer stärkeren Milieubindung. Tatsächlich sind nicht die NPD-, sondern eher die FDP-Wähler in homogenen Milieus anzutreffen, homogen hier verstanden im Hinblick auf die Parteipräferenz. NPD-Wähler sind stärker als FDP-Wähler über die verschiedenen Gemeinden hin verstreut (persönliche Mitteilung von H. D. Klingemann). Eine andere Hypothese freilich vermag dieses Phänomen zu erklären. Leider ist es nicht möglich, sie zu überprüfen: 1. Untersuchungen haben erbracht, daß abweichendes Wahlverhalten Interviewern gegenüber tendenziell verschwiegen wird. 2. Nur wenn eine Stützung in der Umwelt vorhanden ist, fühlen sich die Befragten in ihrer Wahlentscheidung sicher (vgl. Norman Kaplan, Reference Group Theory and Voting Behavior, Doctoral Dissertation, Columbia University, New York 1955, S. 100).

Aus diesen beiden Ergebnissen kann die Hypothese abgeleitet werden, Personen würden nur dann ihre abweichende Parteipräferenz kundtun, wenn sie sich in ihrer Wahlentscheidung – aufgrund der Unterstützung durch die Umwelt – sicher wären. Nach dieser Hypothese wäre die relativ starke Umweltshomogenität der NPD-Wähler Folge einer im Vergleich zu anderen Wählern stärkeren Selektion in Umfragen. Der Unterschied zwischen FDP- und NPD-Wählern wäre danach auf die Unvergleichbarkeit der Stichproben zurückzuführen und nicht auf die Merkmale der Wähler von FDP und NPD. Die Tatsache, daß NPD-Wähler häufiger als die Wähler anderer Parteien Parteipräferenzen in den Primärumwelten wahrnehmen, könnte auf eine Selektion hindeuten. Ob sie allerdings derart groß ist, daß sie zu dem vorgefundenen Ergebnis führt, ist eine offene Frage.

⁴⁵ Eine Ausnahme bildet die Untersuchung von Edward O. Laumann über die wahrgenommenen und tatsächlichen Merkmale der drei besten Freunde. Vgl. E. O. Laumann, Friends of Urban Men: An Assessment of Accuracy in Reporting Their Socioeconomic Attributes, Mutual choice and Attitude Agreement, in: Sociometry 32 (1969), S. 54–69.

⁴⁶ Erwin K. Scheuch, Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten, a.a.O., S. 190.

⁴⁷ Vgl. E. O. Laumann, Friends of Urban Men . . . , a.a.O., S. 61.

⁴⁸ Erwin K. Scheuch, Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten, a.a.O., S. 171.